



Gerhard Lein



Christel Oldenburg



Ties Rabe

Ausgabe März 2010

Elbphilharmonie - ein Fass ohne Boden

Die Krise um Hamburgs Renommierobjekt Elbphilharmonie spitzt sich weiter zu. Der Baukonzern Hochtief möchte mal wieder mehr Geld. Über 22 Millionen Euro mehr als im letzten Nachtrag vereinbart fordert die Baufirma nun von der Stadt. Hinzu kommen noch rund 70 Baubehinderungsanzeigen, die zumeist zu Mehrkosten werden. Wie teuer die Elbphilharmonie letztlich werden wird, vermag heute niemand zu sagen. Experten sprechen schon von einer Summe von 400 Millionen. All das muss der Steuerzahler berappen. Ursprünglich – am Beginn der Planungen – waren es einmal 77



„Wie teuer die Elbphilharmonie letztlich werden wird, vermag heute niemand zu sagen.“

Millionen. Die SPD kritisiert, dass der Senat gegenüber Hochtief nicht hart verhandelt hat. Im letzten Jahr gewährte der Senat – um des lieben Friedens willen – dem Baukonzern einen Nachschlag von 209 Millionen. Nach dem Willen der SPD hätte hier ein Schiedsgutachten erstellt werden müssen, doch das lehnte der Senat ab.

Am 3. Februar 2010 hat die SPD-Bürgerschaftsfraktion zusammen mit dem Bau-sachverständigen Franz-Josef Schlapka eine Analyse der Nachschläge präsentiert. Viele Forderungen des Baukonzerns sind laut Schlapka nicht begründet, vor allem in ihrer auffallenden Höhe. Ein Ausweg aus der Krise bestünde nach Schlapka darin, die Berechtigung der Nachschläge vor Gericht zu bestreiten. Diesen Weg will der Senat aber nicht gehen – warum nicht, bleibt unklar. So wird der Steuerzahler wohl auch in Zukunft für die Elbphilharmonie noch viel Geld bezahlen müssen.

(Christel Oldenburg)

Zehn Jahre Schulfrieden – Hamburg schafft den Durchbruch

Zehn Jahre Schulfrieden – in der letzten Woche unterschrieben die Partei- und Fraktionschefs von SPD, CDU und GAL ein denkwürdiges Dokument. Anschließend verabschiedeten alle Seiten gemeinsam ein neues Schulgesetz. Zahllose Medienvertreter berichteten, selbst die Tageschau sendete deutschlandweit einen längeren Beitrag. Werden die weit reichenden Veränderungen des Schulgesetzes wirklich zu einem